Bankenaufsicht I

Nur ein Teilerfolg

Der größte Erfolg ist sicherlich, dass nun erst einmal Klarheit herrscht. Seit Anfang Dezember wissen die Kreditinstitute weltweit, was in Sachen „Finalisierung von Basel III" auf sie zukommen wird. Nach monatelangem Ringen haben sich die Mitglieder des Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht endlich auf einen Kompromiss einigen können. Wesentlicher Bestandteil des Abkommens, dass die Eigenkapitalpositionen vergleichbarer und die Finanzmärkte somit stabiler machen soll, ist der so genannte Output Floor. An der Höhe dieser Kennzahl waren die Verhandlungen in den vergangenen Monaten mehrfach ins Stocken geraten, wenn nicht gar fast gescheitert. Während europäische Vertreter im Baseler Ausschuss, vor allem Deutsche und Franzosen, eigentlich gar keinen Output Floor in den neuen Regelungen festlegen wollten, drängten die Amerikaner auf einen möglichst hohen. Durch den Output Floor wird festgelegt, welcher Anteil der nach dem Standardansatz ermittelten RWAs auf jeden Fall auch bei der Anwendung interner Modelle mit Eigenkapital unterlegt werden muss.

Die nun beschlossenen 72,5 Prozent sind ein Kompromiss. Und zwar einer, mit dem die überwiegende Zahl deutscher Banken einigermaßen gut leben kann. Für diejenigen fast 1500 Institute, die nach dem Standardansatz vorgehen, ändert sich ohnehin nichts. Von den restlichen sind vor allem Häuser mit tendenziell guten, weil risikoarmen Assets belastet, was unter anderem zu wenig Freude bei den deutschen Immobilienfinanzierern führt. Diese sind bislang mit ihren internen Modellen deutlich besser gefahren. Laut Berechnung der European Banking Authority erhöht sich die Mindestkapitalanforderung durch Anwendung des Output Floors für alle europäischen Banken im Schnitt um 12,9 Prozent. Dabei sind die sogenannten G-SIFIs, also weltweit agierende Großbanken mit durchschnittlich 15,1 Prozent deutlich stärker betroffen als die vielen mittleren und kleineren Banken der so genannten Gruppe 2, für die die Anforderungen um lediglich 3,9 Prozent im Schnitt steigen. Das ist mit Blick auf die globale Finanzstabilität durchaus sinnvoll, gehen von den G-SIFIs doch zweifellos deutlich höhere Risiken aus, als von den kleineren Instituten. Und das kann als kleiner Erfolg für die deutschen Vertreter in den Verhandlungen gewertet werden, die natürlich gerade die Belastungen für die kleineren Banken im Blick haben muss.

Ein weiterer solcher kleinen Teilerfolge ist die lange Übergangsfrist bis 2027. Die Berechnungen der EBA basieren auf einer „fully loaded"-Anwendung auf Basis der Bilanzen von Ende 2015. Dass ein solches Szenario eintritt, betroffene Banken und Sparkassen also trotz neuer Regelungen einfach so weitermachen, ist mehr als unwahrscheinlich. Viel mehr werden sie wie bisher schon, eher RWA reduzieren, anstatt den Markt um neues Eigenkapital anzuzapfen. Das wiederum könnte Folgen für die Kreditvergabe und damit die Realwirtschaft haben. Doch auch hier dürfte die Lage einigermaßen entspannt bleiben. Immerhin lassen sich mit Krediten nach wie vor und sicherlich auch noch auf mittelfristige Perspektive bessere Margen erwirtschaften als mit halbwegs risikolosen Anlagen am Kapitalmarkt.

Alles richtig gemacht also aus Sicht der deutschen Vertreter? Nein, natürlich nicht. Es ist lediglich gelungen, größeres Übel abzuwenden. Aber man musste sich einmal mehr dem Druck der Amerikaner und deren Wunsch nach einem Output Floor beugen. BaFin-Präsident Felix Hufeld sprach denn auch zu recht von „keinem Wunschergebnis". In der Tat zeigt sich auch bei Basel III/Basel IV einmal mehr, mit welcher Härte die US-Amerikaner eigene wirtschaftspolitische Interessen verfolgen und wie gut das Zusammenspiel dabei zwischen Politik, Regulator und Industrie funktioniert. Als Erfolg kann der Kompromiss auch dahin gehend nicht gewertet werden, da er die potenziellen Übel zwar minimiert hat, aber die aus einem Output Floor resultierenden Kapitalbedarf on top zu all den anderen Maßnahmen kommt. Da fürchtet der ein oder andere Branchenvertreter schon um die Wettbewerbsfähigkeit europäischer und deutscher Banken.

Viel wird daher auf die Umsetzung der Maßnahmen ankommen, denn die ist nach wie vor Ländersache. Man sollte dabei die amerikanischen Interessen der Stärkung der eigenen Wirtschaft nicht aus den Augen verlieren und ebenso kritisch auf die korrekte Umsetzung des Kompromisses in Übersee wie auf eventuelle eigen Vorteile achten. Globale Regeln sind schön und gut, aber sie sollten von allen eingehalten werden und überall ähnliche Wirkungen erzielen.

Bankenaufsicht II

Von Warnern und Mahnern

Wer kennt sie nicht, die Geschichte von der Herdplatte und kleinen Kindern: Egal wie oft man es gut meint und vor der Gefahr einer Verbrennung warnt, so richtig ernst genommen wird man erst im tatsächlich eingetretenen Schadenfall. Ähnlich mag es auch den beiden für Finanzstabilität und Bankenaufsicht zuständigen Vorstandsmitgliedern Claudia Buch und Andreas Dombret bei der Vorstellung des Finanzstabilitätsberichts gegangen

Dieser Artikel ist urheberrechtlich geschützt. Die rechtliche Freigabe ist für den Abonnenten oder Erwerber ausschließlich zur eigenen Verwendung.
Fritz Knapp Verlag GmbH

sein. Eindrücklich warnten sie vor potenziellen Risiken. „Die generelle Unsicherheit ist heute höher als in der Vergangenheit. Die Wahrscheinlichkeit, dass globale Unruhefaktoren auf Deutschland durchschlagen, ist gestiegen", so beispielsweise Claudia Buch. Und Andreas Dombret ergänzt: „Wir befinden uns zwar in einer Phase sehr guter Konjunktur, aber auch sehr spät im Zyklus. Da rückt eine Korrektur näher." Beide befürchten, dass sowohl die Bürger als auch die Unternehmen diese größeren Risiken unterschätzen. So ist beispielsweise die weltweite Verschuldung heute höher als vor der Finanzkrise, dadurch drohen naturgemäß Verwundbarkeiten. Diese gilt es aus Sicht der Notenbanker herauszuarbeiten.

Ein Thema, dem sich die Bundesbank im Zusammenhang mit der Finanzstabilität intensiv widmet, ist die Immobilienkreditvergabepraxis und die Situation auf den Wohnungsmärkten. Denn allen gut gemeinten bundes- wie landespolitischen, kommunalen wie privaten Initiativen zum Trotz hinkt das Angebot an verfügbarem Wohnraum an gesuchten Standorten der Nachfrage weit hinterher. Mit deftigen Folgen für die Preise: Die Überwertungen seien 2017 weiter gestiegen, heißt es im Finanzstabilitätsbericht. „In Deutschland insgesamt haben die Preisabweichungen nach oben im vergangenen Jahr zugenommen." In den Großstädten liegen die Preise für Wohnimmobilien laut Bundesbank-Schätzung um 15 bis 30 Prozent zu hoch. Ein Großteil der Preisentwicklung sei zwar durch Faktoren wie die gute wirtschaftliche Lage, höhere Einkommen, niedrige Zinsen und eine erhöhte Nachfrage nach Wohnraum zu erklären. Aber es gebe auch einen unerklärbaren Teil, so die Bundesbank.

Von einer Immobilienpreisblase wollte die Bundesbank aber auch in diesem Jahr nicht sprechen, lediglich von einem steigenden Risiko, dass private Haushalte und Unternehmen die aus den hohen Preisen resultierenden zunehmenden Risiken unterschätzten. Dass derzeit aber nur geringe Gefahren von den Wohnimmobilienmärkten für die Finanzstabilität ausgehen, liegt auch an der vernünftigen Kreditvergabepraxis der deutschen Banken und Sparkassen. Zwar ist das Volumen der Wohnungsbaukredite an private Haushalte seit 2010 kontinuierlich gestiegen. In den ersten drei Quartalen 2017 noch einmal um 3,9 Prozent nach 3,6 Prozent im Gesamtjahr 2016. Und auch der Trend zu längeren Zinsbindungsfristen hat sich noch einmal verstärkt: Seit 2010 legte der Anteil der Kredite mit einer Zinsbindungsfrist von zehn Jahren von rund 26 Prozent auf mittlerweile gut 44 Prozent zu, wodurch die Zinsänderungsrisiken in den Bankbilanzen unzweifelhaft größer geworden sind. Doch weder die steigenden Volumina noch die höheren Risiken aus Zinsänderungen beunruhigen die Bundesbank-Verantwortlichen. Zum einen weiten die Institute zwar den Bestand der Forderungen an Kunden immer weiter aus, um mit den höheren Volumina aus dem Neugeschäft die niedrigeren Margen wenigstens halbwegs ausgleichen zu können, dabei wächst aber die Eigenkapitalposition mit, in der Regel sogar überproportional. Und Berechnungen beim jüngste Stresstest haben bekanntlich gezeigt, dass die Banken und Sparkassen sogar einen mittelschweren Preisschock auf den Wohnimmobilienmärkten nahezu unbeschadet überstehen würden.

Bleibt in diesem Zusammenhang nur ein Risiko: die Datenlücke. „Wir haben keine fundierten Informationen über wesentliche Kernelemente des Wohnimmobilienkreditmarktes. Es fehlt an einheitlichen Definitionen und Statistiken. Von daher können wir nicht abschätzen, wie sich bestimmte Veränderungen auswirken würden", bemängelt Claudia Buch. Es sollte aber ein Leichtes sein, hier Abhilfe zu schaffen. Schließlich ist das Meldewesen längst geübte Praxis, wenn auch nicht geliebte Praxis, zwischen Bundesbank und Kreditwirtschaft.

Finanzstabilität

Notleidende Kredite im Fokus der EZB

Die Dringlichkeit der Problemlagen ist im Euroraum unterschiedlich, das hat sich Ende November bei der taggleichen Vorstellung der aktuellen Finanzstabilitätsberichte der Deutschen Bundesbank und der Europäischen Zentralbank einmal mehr gezeigt. Während das Thema der notleidenden Kredite für die deutsche Kreditwirtschaft eine überschaubare direkte Bedeutung hat und dementsprechend auch im diesjährigen Bericht der hiesigen Notenbank zur Finanzstabilität nur in der Gesamtschau, also beim notwendigen Blick auf das internationale und europäische Umfeld behandelt wird, nimmt sich die EZB den Non-Performing Loans (NPL) besonders an.

Hintergrund für die zuletzt noch einmal deutlich verstärkten Aktivitäten der EZB ist der höchst unterschiedliche und seit der Finanzkrise im Jahre 2007 sogar dramatisch gewachsene Anteil der notleidenden Kredite in den nationalen Bankensystemen des Euroraums. Als Qualitätsindikator verwendet die EZB dabei die NPL-Quote, berechnet als der Anteil der notleidenden Kredite am gesamten Kreditportfolio einer Bank. Im Euroraum ist diese Kennziffer von 2,5 Prozent am Jahresende 2007 auf 7,7 Prozent Ende 2013 gestiegen. Dass sie danach per Ende Juni dieses Jahres wieder auf 5,48 Prozent zurückgegangen ist, schreibt die EZB den besonderen Anstrengungen in Ländern wie Irland, Slowe-

Dieser Artikel ist urheberrechtlich geschützt. Die rechtliche Freigabe ist für den Abonnenten oder Erwerber ausschließlich zur eigenen Verwendung.
Fritz Knapp Verlag GmbH

nien und Spanien sowie allgemein einer verbesserten wirtschaftlichen Lage in der EU zu. Ebenso wie die Beispiele dieser Länder zeigt gerade die massive Schrumpfung der Schiffsportfolios in den Büchern der deutschen Banken, dass ein gezielter Abbau notleidender Risk-Weighted Assets auch in den vergangenen Jahren grundsätzlich möglich war, wenn auch unter Realisierung beherrschbarer Verluste.

Als besonders problematisch, weil nachweislich wachstumsmindernd, stuft die EZB im Zuge einer gründlichen Aufarbeitung der Ursachen der jüngsten Finanzkrise zu Recht die immer noch hohen Bestände notleidender Kredite in den Bankbilanzen ein. Wie beispielsweise sollen die von besonders hohen Altlasten gebeutelten Institute in Griechenland oder Zypern und mit Abstrichen sicher auch in Italien die Möglichkeiten der expansiven Geldpolitik der EZB zu einer Ausweitung der Kreditvergabe ausschöpfen? Nichts oder wenig für den Abbau der NPLs zu tun, torpediert eindeutig die Notenbankpolitik der vergangenen Jahre. Das hat auch die EZB erkannt und ihren Druck sukzessive erhöht. Nach Bildung einer Arbeitsgruppe zum Umgang mit NPLs Mitte 2015 und ihrem Leitfaden für Banken mit notleidenden Krediten aus dem März 2017 hat sie mit den im Oktober 2017 veröffentlichten Leitlinien zum Umgang mit neuen und dem Abbau von alten NLP-Beständen in Europa zumindest klar die Richtung angezeigt und auch erste zeitliche Vorgaben gegeben, auch wenn sie sich hinsichtlich des Referenzdatums 1. Januar 2018 für den Neustart noch einmal gesprächsbereit zeigt. Für die Altbestände an NPLs fordert die Notenbank jedoch weiterhin von den Banken konkrete Abbaupläne bis Mitte 2018 und hat bis zum Ende des ersten Quartals weitere Maßnahmen für den Umgang mit dem aktuellen NPL-Bestand angekündigt. Dem Einsatz einer Transaktionsplattform für notleidende Kredite widmet sie eine Sonderbetrachtung im jüngsten Finanzstabilitätsbericht.

Noch bleibt das Zwischenergebnis ernüchternd. Die EZB-Aufsichtsstatistik per Ende Juni 2017 zeigt weiterhin hohe NPL-Quoten in Griechenland (46,54 Prozent) und Zypern (35,63 Prozent). Aber auch Portugal (19,07 Prozent), Slowenien (14,17 Prozent), Irland (12,59 Prozent) und Italien (12,01 Prozent) liegen noch deutlich über dem Durchschnitt im Euroraum (5,48 Prozent). Spanien bewegt sich mit 5,41 Prozent wieder knapp darunter, ebenso wie alle übrigen Länder, einschließlich Deutschland mit 2,16 Prozent. In absoluten Zahlen ausgedrückt beziffert der Finanzstabilitätsbericht 2017 der Bundesbank das Volumen der NPLs im Euroraum per Mitte dieses Jahres auf stattliche 869 Milliarden Euro. Dies in allen Ländern auf ein unkritisches Maß abzubauen, bedarf noch großer Anstrengungen. Von der Abgabe von NPLs an einschlägige Servicedienstleister wird bisher kaum Gebrauch gemacht. Und aus den betroffenen Ländern gibt es teils massive Interessenpolitik. So wird der EZB speziell aus Italien und vonseiten der dortigen EU-Parlamentarier schlicht die Zuständigkeit für diese Problemlage abgesprochen.

Übrigens: Die Bundesbank hat in der kontroversen Diskussion über den Umgang mit NPLs klar Position bezogen. Der zuständige Vorstand Andreas Dombret hat mit Blick auf das Kompetenzgerangel bezüglich des Umgangs mit NPLs auf europäischer Ebene einen Abbau von notleidenden Krediten mit Nachdruck und Entschlossenheit angemahnt und ausdrücklich den Vorstoß der EZB unterstützt. Präsident Jens Weidmann hatte die EZB-Initiative zuvor schon als vernünftigen Weg bewertet und eine komplette Abdeckung mit Rückstellungen und/oder einen Verkauf als Voraussetzung für eine gemeinsame Einlagensicherung genannt.

Öffentlichkeitsarbeit

Schulterschluss mit Verbraucher- und Datenschutz

Wenn es um Banken und Sparkassen geht, dann drängt sich mitunter der Eindruck auf, dass Verbraucher- und Datenschützer auf einem Auge blind sind: Verbraucherunfreundliche Praktiken werden mit schöner Regelmäßigkeit sofort angeprangert. Wenn die Anbieterseite auf entsprechende Mängel an anderer Stelle hinweist, sieht das ganz anders aus. Dann mahlen die Mühlen von Kartell- und Datenschutzbehörden oder Verbraucherzentralen ganz langsam. Ein Beispiel dafür sind die Vergleichsportale, die die Finanzbranche schon länger mit gesunder Skepsis betrachtet hat – weil die gebotene Transparenz in Sachen Provisionen, die von der Kreditwirtschaft eingefordert wird, nicht immer gegeben ist, schon gar nicht im gleichen Umfang, wie es für Banken vorgeschrieben ist. Wie sich Provisionen möglicherweise auf den von den Plattformen gebotenen Marktüberblick oder das Ranking der Anbieter auswirken, will das Bundeskartellamt jetzt zwar untersuchen lassen. Es muss aber die Frage erlaubt sein, warum dies erst jetzt geschieht, während die Interessenkonflikte in der Bankberatung, die sich aus dem Provisionsmodell ergeben, schon so lange ausgiebig diskutiert werden, dass das Vertrauen in die Beratung gründlich ruiniert ist. Die direkte Frage danach, weshalb Portale an dieser Stelle anders behandelt werden, wird bestenfalls ausweichend beantwortet.

Beispiel Nummer zwei ist die PSD2 mit dem Kontozugang für Drittdienstleister. Als dieser Vorstoß des europäischen Regulators bekannt wurde, musste

Dieser Artikel ist urheberrechtlich geschützt. Die rechtliche Freigabe ist für den Abonnenten oder Erwerber ausschließlich zur eigenen Verwendung.
Fritz Knapp Verlag GmbH

sich die Bankenbranche wie der Rufer in der Wüste vorkommen, so wenig fanden ihre Warnungen vor der damit verbundenen Datenschutzproblematik Gehör. Vielmehr wurden sie als bloße Abwehrreaktion einer Branche bewertet, die den Wettbewerb kleinhalten wollte. Mittlerweile haben Banken und Sparkassen sich nolens volens mit dem Thema angefreundet und suchen nicht nur nach Lösungen, den Kontozugang möglichst datensparsam zu gestalten. Sondern sie sehen inzwischen auch neue Chancen, etwa indem sie sich als Identitätsdienstleister positionieren. Ausgerechnet zu diesem Zeitpunkt sind die Datenschützer erwacht und haben sich der Thematik angenommen, wie die Studie der Verbraucherzentrale Bundesverband zum Thema Datenschutz bei digitalen Payments im Internet zeigt. Und siehe da: Es stellt sich heraus, dass es um den Datenschutz bei den banknahen Dienstleistern besser steht als bei ihren Wettbewerbern und dass Verbraucher gut daran tun, genau zu differenzieren, wem sie Zugang zu ihrem Konto gewähren. So eine Überraschung!

Die Beispiele zeigen jedoch, wo in Sachen Lobbyarbeit künftig ein wichtiges Handlungsfeld liegt, das in der Vergangenheit vielleicht nicht immer ausreichend beackert worden ist: Nicht nur, aber vor allem vor anstehenden neuen Regulierungen wäre es gut, viel stärker als bisher den Schulterschluss mit Daten- und Verbraucherschützern sowie Wettbewerbshütern zu suchen. Von letzteren mitgetragen, würden von der Kreditwirtschaft geäußerte Bedenken vermutlich weitaus mehr Gehör finden, als wenn sie von der misstrauisch beäugten Finanzbranche allein kommen.

Börsen

Happy Birthday Xetra

Es hat sich viel verändert in den vergangenen 20 Jahren. Große Veränderungen gab es auch im Börsenhandel. Am 28. November 1997 wurde pünktlich um 8.30 Uhr der Startschuss zum Xetra-Handel gegeben. Erstmals wurden Aktien in Deutschland über ein vollelektronisches System gehandelt, das Kauf- und Verkauf-Aufträge im Orderbuch automatisch ausführt. Davor waren noch der Handel auf Zuruf und der Telefonhandel üblich. Der Kontaktmann auf dem Parkett war unersetzlich und in dem bisweilen lauten und hektischen Treiben ging auch manches unter.

Nach drei Jahren Vorbereitung und 45 Tagen Simulation gab es zum Start noch Bedenken, ob Xetra stabil und zuverlässig genug sei, erinnerten sich die Beteiligten des Projekts. Seitdem wurde das System jedoch mehrfach modernisiert und ist mittlerweile auch für den Hochfrequenzhandel ausgelegt. Es hat zwar einige wenige Pannen und Ausfälle gegeben, aber diese gingen selten über ein paar Stunden hinaus und das auch an handelsstarken Tagen, an denen in der Spitze Wertpapiere im Volumen von mehr als zwei Billionen Euro den Besitzer wechseln. Zum Start von Xetra waren zunächst 109 Aktien über das System handelbar – neben den Dax- und MDax-Werten waren das auch die Stamm- und Vorzugsaktien der Dax-Titel. Mit dem neuen Segment wurde der Börsenhandel am Finanzplatz Frankfurt deutlich internationaler: Vom ersten Handelstag an waren unter den insgesamt 222 an Xetra angeschlossenen Handelshäusern neun Institute aus Großbritannien, drei aus den Niederlanden, drei aus der Schweiz, zwei aus Frankreich und je ein Institut aus Österreich und Finnland. Heute sind von 182 Handelsteilnehmern mit direktem Anschluss 95 aus dem Ausland. Zudem wurde mit dem Start von Xetra der Handel wesentlich beschleunigt. Die Ausführung der Order durfte nur noch höchstens zwei Sekunden dauern und die Bestätigung des Geschäfts musste in 60 Sekunden erfolgen. Für die heutigen Händler liegen auch solche Zahlen weit in der Vergangenheit – 100 Mikrosekunden sind derzeit der Standard. Aktuell hat der Handelsplatz Xetra einen Anteil von rund 90 Prozent am gesamten Handelsvolumen aller deutschen Börsen. Im Schnitt werden mit den rund 2 500 liquide handelbaren Wertpapieren, darunter deutsche und internationale Aktien sowie Exchange Traded Products wie ETFs täglich über fünf Milliarden Euro umgesetzt. Xetra ist damit der weltweite Referenzmarkt für deutsche Aktien und der führende Börsenplatz für ETFs in Europa.

Der Start von Xetra wird mittlerweile als Revolution des deutschen Börsenhandels gesehen, mit der der Finanzplatz Frankfurt in die Spitzenliga der internationalen Finanzplätze vorgedrungen ist. Der Wertpapierhandel wurde transparenter, kostengünstiger und deutlich schneller. Gleichzeitig kam mit Xetra jedoch auch das Ende der Kursmakler, die nach und nach ihre Existenzgrundlage verloren. Auch die Regionalbörsen kostete Xetra erhebliche Marktanteile. Nur wenige Börsen wie in Stuttgart oder München konnten sich durch Spezialisierung neue Nischen erarbeiten. Xetra war der Anfang des Endes des Parketthandels. Es gibt ihn zwar noch, aber er spielt nur noch eine Rolle für Papiere kleinerer Unternehmen und dient als Kulisse für die Börsenreporter des Fernsehens.

Übrigens: Vor gut 20 Jahren, im März 1997, startete die Deutsche Börse auch den „Neuen Markt", das Börsensegment für junge Internetunternehmen. Nach einem fulminanten Auftakt wurde er nach der Finanzkrise eingestellt – Xetra hingegen lebt noch!

Dieser Artikel ist urheberrechtlich geschützt. Die rechtliche Freigabe ist für den Abonnenten oder Erwerber ausschließlich zur eigenen Verwendung.
Fritz Knapp Verlag GmbH